

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

„Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert, und handelt; statt zu reden noch und noch. So was häßt einmal fast die Welt regiert! Die Völker wurden seiner Herr, jedoch: daß keiner uns zu froh da triumphiert. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ *Zurzeit denke ich oft an dieses Brecht-Zitat – auch weil in den letzten Jahren rechnerisch fünf Nazi-Straftaten am Tag verübt wurden, wie meine Fraktionskollegin Kerstin Köditz errechnete. Ich dachte daran, als der Landesrichter Jens Maier im Vorprogramm zu Höckes Dresdner Rede erklärte, die NPD sei „die einzige Partei“, „die immer geschlossen zu Deutschland gestanden hat“. Biedere neue Hassprediger wollen die Nazi-Gräuel per „erinnerungspolitischer Wende“ zur Fußnote machen, um ihre Pläne umzusetzen. Frauke Petry weiß übrigens, dass sie ihren Rivalen Höcke braucht, ein Großteil der AfD stützt ihn. Ihre Kritik an ihm ist reine* Taktik.*

Das Grundgesetz ruht auf dem tätigen „Nie wieder“ als Antwort auf die Menschheitsverbrechen des Hitlerfaschismus. Die NPD war nie Teil dieses Konsenses, bei der AfD bezweifle ich, dass sie es ist. Es bleibt unsere Aufgabe, sich Nazis entgegenzustellen. Immer und überall! Ich habe mich deshalb gefreut, als Justin Sonder vom Chemnitzer Stadtrat zum Ehrenbürger gemacht wurde. Der 91-Jährige hat die Todeslager überstanden und bleibt ein unermüdlicher Aufklärer. Er hat erlebt, wie Minderheiten litten, nachdem die Machthaber sie zu Sündenböcken gestempelt hatten. Diese Strategie verfolgen Nazis auch heute. Wir müssen ihnen in den Arm fallen! Deshalb wollen wir zum Beispiel, dass Asylsuchende, die Opfer rechter Gewalttäter geworden sind, ein vorübergehendes Bleiberecht bekommen. Noch einmal Brecht: „Ändere die Welt; sie braucht es.“

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Haushalt: Kein Aufbruch trotz Geldschwemme

Ein Hoch auf sprudelnde Steuereinnahmen! CDU und SPD können in den Jahren 2017 und 2018 so viel Geld verteilen wie noch nie in der jüngsten Geschichte des Freistaates. 37,5 Milliarden Euro umfasst ihr Haushaltsplan, den der Landtag im Dezember mit ihren Stimmen beschloss. Der Ministerpräsident gab sich trotzdem demütig. „Viele Bürgerinnen und Bürger haben aber gerade im ausgehenden Jahr deutlich gemacht, dass aus ihrer Sicht einiges nicht richtig läuft. Ich nehme das sehr ernst. Wir gehen in der Politik darauf ein.“ **Rico Gebhardt, LINKEN-Fraktionschef**, bezweifelt das. Tillich habe bisher „nach solchen Reden trotzdem so weiter gemacht“. Seine Vorgabe vom Herbst 2009, beim Landespersonal mehr als ein Fünftel der Stellen zu streichen, habe „dem Personalnotstand an den Schulen, bei der Polizei, in der Justiz und weiteren Bereichen den Weg geebnet.“ Dabei gehe es Sachsen finanziell gut. „Verglichen mit dem, was CDU-Finanzminister Unland all die Jahre an Horrorszenarien vorgelegt hat, erleben wir eine Geldschwemme. Sagen Sie mal, Herr Finanzminister, Ihnen müsste es doch im Moment richtig schlecht gehen. Sie sind als Trickser entlarvt. Seit Jahren rechnen Sie das Land künstlich arm.“ Das komme uns alle teuer zu stehen, denn Sachsen stehe deshalb im Wettbewerb der Bundesländer um Nachwuchs schlecht da. Nun seien umso größere Anstrengungen notwendig. Das Mindeste sei ein Stellenentwicklungskonzept.

Die Linksfraktion habe gegenfinanzierte Vorschläge gemacht, um den Landshaushalt zur „sozialen Offensive“ zu machen. Die müsste „die Existenzängste, die immer mehr Menschen befallen, an der Wurzel packen.“ Dafür sei Geld da, es müsse genutzt werden. „Es geht um die soziale Sicherheit. Angst bekämpft man mit Hoffnung.“ Der Plan der Staatsregierung bleibe aber eine „reine Reparaturwerkstatt“.

Das zeigt sich in den Etats der Ministerien. Im Sozialbereich spiegelt sich die Einnahmesituation nicht, viele Bereiche bleiben unterfinanziert – Krankenhausförderung, Jugendhilfe, Familienbildung und -erholung, Suchthilfe. Auch Wissenschaft und Kultur hält die Staatsregierung kurz. Die Grundfinanzierung der Hochschulen bleibt niedrig, was vor allem diejenigen spüren, die den Betrieb am Laufen halten, ohne einen Lehrstuhl innezuhaben – der „Mittelbau“ also, wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte. Ihren Plan,

den Stellenabbau an den Hochschulen zu stoppen, verbinden CDU und SPD mit der erpresserischen und lebensfremden Auflage, die Studierendenzahl bis 2025 von 105.000 auf 95.000 zu senken. Auch im Kultur-Etat ist von den Rekorderlösen nichts zu spüren, nur wenig mehr fällt ab für die Kulturräume. Sparten und Häuser bleiben existenzbedroht, Kunstschaaffende müssen weiter Gehaltsverluste hinnehmen. Kaum Fortschritt auch im Wirtschaftsressort: Die Digitalisierung wird nur zaghaft begleitet, der Öffentliche Nahverkehr wenig gefördert. Einen Strukturwandel für das nahende Ende der Braunkohleverstromung wird es nicht geben.

Sachsen hat in den letzten Monaten und Jahren viel über Bildung, öffentliche Sicherheit und Justiz diskutiert. Nun gibt es zwar etwas mehr Justizpersonal,

Es bleibt auch bei der tariflichen Benachteiligung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Den Unterricht sichert dieser Haushalt nicht flächendeckend ab. Auch in der Landwirtschaft bleiben Dauerkrisen ungelöst. Den vom Produktionsüberschuss ausgelösten Milchpreisverfall will Umweltminister Schmidt (CDU), bekämpfen, indem sein Haus die Zentralisierung der Milchwirtschaft fördert. Besser wäre es, Betriebe zu erhalten, breitere Vermarktungspaletten zu fördern.

Fazit: Die Landesregierung lässt die größten Hausaufgaben unerledigt. Dabei drängen viele Fragen, die Rico Gebhardt formulierte: „Wie machen wir Sachsen in all seinen Regionen attraktiv für kluge Köpfe und geschickte Hände? Wie schaffen wir mit einer

Ein Teil der Unzufriedenheit kommt von der Angst vor Globalisierung. Diese Regierung erklärt, wir könnten nichts dagegen tun. Doch! Angst bekämpft man mit Hoffnung. Das ist auch die Aufgabe eines Landeshaushalts.

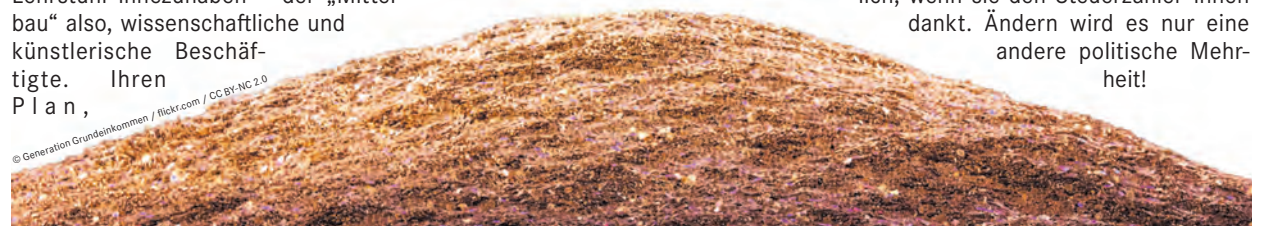
DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



etwa Wärter*innen, Dolmetscher*innen und Psycholog*innen, auch einige Richter*innen und Staatsanwält*innen. Allerdings wird bei den „Mittelbau“-Beschäftigten an Gerichten und Staatsanwaltschaften weiter abgebaut. Auch sonst bereitet die CDU-Regierung den Freistaat nicht darauf vor, dass ab dem Jahr 2023 mehr als die Hälfte des Justizpersonals altersbedingt ausscheidet. Die Polizei durchläuft mindestens bis 2022 ein Tal der Tränen, bis spürbar mehr Beamte verfügbar sein werden. Es wären mehr Einstellungen notwendig, damit neben den Neueinsteigern auch die Wachpolizisten in den regulären Dienst übernommen werden können.

An den Schulen – Stichwort Lehrkräftemangel – bringt der Landshaushalt allenfalls geringe Verbesserungen. Es gibt weiter keinen Stellenplan, der die steigenden Schülerzahlen berücksich-

verlässlichen Infrastruktur Hoffnung und Vertrauen? Wie schaffen wir soziale Sicherheit für die Menschen, die Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder haben, die Angst vor einem Lebensabend haben, den sie nicht selbst bestreiten können, die sich Sorgen um den Frieden in Europa und in der Welt machen?“ Die Antworten der LINKEN setzten auch bei der Tatsache an, dass sich die Oberschicht mit Hilfe der Steuerpolitik von CDU und SPD ihrer Verantwortung fürs Gemeinwesen entziehen kann. Die Hauptlast tragen deshalb Menschen ohne großes Vermögen sowie kleine und mittelständische Unternehmer*innen. Das durchschnittliche Nettoeinkommen aller Sachsen einschließlich Rentenbezieher liegt mit 1.168 Euro übrigens in etwa bei dem, was ein vollzeitbeschäftigter Mindestlohn-Beschäftigter erhält. Das alles verschweigt diese Regierung freilich, wenn sie den Steuerzahler*innen dankt. Ändern wird es nur eine andere politische Mehrheit!



Kommt schnell Hilfe, wenn wir sie brauchen?

Diesmal klingt sie am Rednerpult traurig, die **Sozialpolitikerin der Linksfraktion, Susanne Schaper**. „Wer weiß, vielleicht könnte unser Genosse und Freund Lothar Bisky noch leben, wenn der Rettungsdienst damals die Chance gehabt hätte, früher da zu sein.“ Der ehemalige PDS-Bundesvorsitzende war 2013 den Folgen eines Treppensturzes erlegen. Schapers Worte weisen auf ein Problem, das alle angeht: Kommt schnell Hilfe, wenn wir sie brauchen?

Diese Sicherheit gibt es leider nicht immer. In Schapers Heimatregion Chemnitz war der Rettungsdienst seit 2014 nur in etwa drei Vierteln aller Fälle innerhalb der gesetzlichen Frist von zwölf Minuten am Einsatzort. Im Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln liegt die Quote bei 93 Prozent. „In ganz Sachsen wird die Hilfsfrist durchschnittlich in nur 86,5 Prozent der Fälle eingehalten. Damit wird die gesetzliche Vorgabe von 95 Prozent um 8,5 Prozent verfehlt. Das klingt nicht dramatisch, genau das ist es aber. Denn bei Notfalleinsätzen stehen oft Menschenleben auf dem Spiel“, so Schaper.

Deshalb sei es auch problematisch, wenn Notarztendienste unbesetzt bleiben. Diese Dienste umfassen jeweils zwölf Stunden, die von den Trägern an insgesamt 79 Standorten koordiniert werden. 2015 waren 54.881 dieser Dienste zu leisten, in 1.153 Fällen

gelang das nicht. Statistisch gesehen bedeutet das, dass die Notarztstandorte nur an rund 340 Tagen besetzt waren. „Da kann man nur hoffen, dass in dieser Zeit wirklich nichts passiert.“



Informationen wie diese entstammen den Antworten der Regierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion „Rettungsdienst und Notfallmedizin im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/4892). Viel Relevantes konnte das Sozialministerium nicht liefern, die Wissenslücken sind ebenso groß wie die Heimlichtuerei. So kann oder will man beispielsweise nicht mitteilen, wie viel Rettungseinsätze kosten, oder wie viele Notfallsanitäter, Notfallassistenten oder Rettungssanitäter unter den insgesamt 3.745 nichtärztlichen Beschäftigten sind. Gefragt

hatte die Linksfraktion auch nach Daten zu den Notaufnahmen. Immer wieder wird diskutiert, dass sie auch unnötigerweise von Patienten genutzt werden, die eigentlich zum kassen-

Ihr Fraktionskollege **Mirko Schultze, Sprecher für Rettungswesen**, stellte die Forderungen der Linksfraktion vor, die sie aus den Antworten ableitet. Dazu gehört ein „Rettungsdienst-Notfallmedizin-Bericht Sachsen“, der die Informationslücken ausfüllt. Die Regierung müsse darauf hinwirken, dass alle Rettungsleitstellen und -fahrzeuge mit genug ärztlichem und nichtärztlichem Fachpersonal besetzt sind und bleiben, damit die Hilfsfrist eingehalten werden kann. Sowohl die angestellten als auch die neben- oder freiberuflich tätigen Notärzt*innen brauchen ein arbeitszeitgerechtes System, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Nicht zuletzt müssen an weiteren Krankenhausstandorten ambulanzstationäre Gesundheitlich-Medizinische Versorgungszentren entstehen, um die Notaufnahmen zu entlasten.

ärztlichen Notdienst hätten gehen können. Das zeigt den zunehmenden Allgemein- und Fachärztemangel. In wie vielen Fällen das vorkommt, weiß das Sozialministerium aber nicht. Obwohl es zehn Wochen Zeit hatte, um die 41 Fragen zu beantworten, liefert es den Abgeordneten nur lückenhafte Informationen. Beim Thema Hilfsfristen verwies man schlicht auf andere Parlamentsanfragen, die ihrerseits keine erschöpfenden Antworten liefern. „Eine schwache Leistung, ob aus Ignoranz, Arroganz oder aus Unvermögen“, findet Schaper.

Insgesamt wird deutlich, dass Sachsens Regierung zu wenig über die Lage des Rettungs- und Notfalldienstes weiß. Schapers Fazit: „Ich danke allen engagierten Menschen, die den Rettungs- und Notfalldienst trotz aller Widrigkeiten aufrechterhalten. Nicht nur ihretwegen, sondern im Interesse von uns allen fordere ich die Koalition auf: Verschaffen Sie sich endlich ein umfassendes Bild von der Lage, damit Sie die Probleme lösen können!“ Denn wir alle müssen uns darauf verlassen können, dass uns im Notfall schnell geholfen wird, in unserem eigenen Interesse und in dem unserer Familien und Freunde.

Menschenrechte: Abstriche mit sächsischer Zustimmung

Vor zehn Jahren, am 13. Dezember 2006, beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die UN-Behindertenrechtskonvention bekräftigt allgemeine Rechte der Menschen mit Behinderungen, soll ihre Würde schützen. Sie ist auf staatlicher Ebene durch Gesetze und Maßnahmen

umzusetzen, auch in Sachsen. Hier gibt es zwar einen Landesaktionsplan; aber der geht über die Geschäftsbereiche der Staatsregierung nicht hinaus, wie **Horst Wehner** kritisiert. Als Abgeordneter befasst er sich in der Landtags-LINKEN mit Inklusionspolitik und verfolgte die Debatten zum „Bundesteilhabegesetz“, das wenige Tage vor Weihnachten sowohl im Bun-

destag als auch im Bundesrat verabschiedet wurde. Die Linksfraktion hatte sich kurz vor der Abstimmung in der Länderkammer mit einer Aktuellen Debatte im Landtag – „Behindert ist man nicht – behindert wird man! Abstriche an Menschenrechten im Bundesteilhabegesetz nicht zulassen!“ dafür eingesetzt, dass die sächsische Staatsregierung dem Gesetz dort nicht

zustimmt. Zwar hatten viele warnende Stimmen und besonders die Proteste von Betroffenen dazu geführt, dass noch kurz vor der Beschlussfassung im Bundestag zahlreiche Änderungen am Gesetz vorgenommen wurden, aber die volle Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention enthält es trotzdem nicht. Das Gesetz schränkt zum Beispiel das Recht auf freie Wahl des Wohnorts ein, wie insgesamt auch das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, vor allem im Freizeitbereich. „Wenn beispielsweise nur ein Betreuer zwei Menschen mit Behinderungen begleitet, von denen einer ins Kino und der andere aufs Fußballfeld will, dann gibt es ein Problem“, so Wehner.



Notwendige Maßnahmen unterlässt die Regierung derweil. So erhalten beispielsweise hörbehinderte Menschen bei der Ausübung von Ehrenämtern immer noch keinen leichteren Zugang zu Gebärdensprachdolmetschern. „Denn Kostendeckelung war von Anfang an eine wesentliche Zielgröße der Regierung“, kritisiert Wehner. „Ich meine, die Durchsetzung von Menschenrechten gehört nicht unter Haushaltsvorbehalt, sie ist eine gesellschaftliche Pflicht. Wir müssen umfassende Barrierefreiheit schaffen, die ja auch Menschen ohne Beeinträchtigung im Alltag nützt“.

Sachsen lässt sein Personal im Stich

Einen Großteil unseres Lebens verbringen wir am Arbeitsplatz. Grund genug, auch im Job darauf zu achten, dass Gesundheitsrisiken gering bleiben. Das gilt nicht nur für körperlich anspruchsvolle Tätigkeiten wie die der Stahlwerker oder der Altenpflegerin, sondern auch für alle, die im Büro sitzen.

Arbeitgeber*innen dürfen die Gesundheit ihrer Beschäftigten nicht gefährden. Der Freistaat, der Zehntausende – darunter viele Lehrkräfte und Polizeibeamte – beschäftigt, ist keine Ausnahme. Personalabbau, Aufgabenhäufung, Arbeitszeitverdichtung, Überstundenhäufung und der wachsende Altersdurchschnitt schwächen allerdings Motivation und Leistungsfähigkeit. Die Linksfraktion fordert ein systematisches Gesundheitsmanagement für den öffentlichen Dienst (Drucksache 6/7167). Die Regierung muss zunächst die Ursachen der hohen Krankenstände insbesondere bei der Polizei, im Justizvollzug und bei der Berufsfeuerwehr erforschen. Der Erfolg von Modellprojekten, etwa des 2016 gestarteten Programms „Ein nachhaltig wirksames Betriebliches Gesundheitsmanagement in sächsischen Justizvollzugsanstalten“ muss untersucht werden.

Klaus Bartl, Rechtsexperte der Linksfraktion, verwies in der Debatte auf die 1986 verabschiedete Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen. Sie definiert Gesundheitsförderung als „einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen“. Das Klischee, dass es im öffentlichen Dienst „ruhig zugehe“, sei falsch – „und das nicht nur in den anerkannten und kräftezehrenden Dienstzweigen der Polizei, der Justiz,

des Justizvollzugs oder der Berufsfeuerwehr. Auch in der allgemeinen Verwaltung sind die Symptome akut“. Die CDU-geführten Regierungen hätten den Personalabbau im Dienste des Fetischs „schwarze Null“ gefeiert und dabei nicht bedacht, welche Konsequenzen er für das Landespersonal hat. „Das rächt sich jetzt.“ So weisen die Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten mit durchschnittlich 36 Fehltagen jährlich den bundesweit höchsten Krankenstand auf. Seit 2003 fielen im Justizvollzug 400 Stellen weg. „Die verbliebenen Beschäftigten sind an der Grenze ihrer psychischen und physischen Belastbarkeit angelangt. Hier muss die Politik gegensteuern. Dazu gehört ein besseres, umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement“.

Dem pflichtet **Innenpolitiker Enrico Stange** bei. Auch die Polizei arbeite an, bisweilen über der Belastungsgrenze. Zusätzliche Anforderungen wie die Absicherung von Demonstrationen, Fußballspielen und Asylunterkünften

verschärften die strukturelle Personalkrise. „Die Zahl der angefallenen Mehrarbeitsstunden der Polizeivollzugsbeamten lag im Oktober 2016 bei 93.915. In den November wurden 137.704 Stunden übertragen.“ Der Berg schwinde nicht, obwohl weniger Asylsuchende kommen und Demonstrationen wieder seltener sind. Entsprechend alarmierend sei der Krankenstand. In der freien Wirtschaft liege er durchschnittlich bei vier, bei der sächsischen Polizei aber bei 8,4 Prozent. 2015 entstanden 342.966 Ausfalltage.

Ideen zum Gesundheitsmanagement könne sich die Regierung von der Gewerkschaft der Polizei oder aus anderen Bundesländern holen, etwa aus Nordrhein-Westfalen. Es sei zwar gut, so Stange, dass die Regierung einen „Handlungsleitfaden Gesundheitsmanagement“ entwickelt hat. Der werde aber nicht umgesetzt, was der Rechnungshof schon 2015 bemängelte. Derweil leiden viele Landesbeschäftigte einsam weiter.



Staatsregierung lehnt mehr politische Bildung ab

Wer mitmischen will, muss die Grundzüge des Staats- und Regierungssystems kennen. Politische Erwachsenenbildung gehört deshalb zum lebenslangen Lernen. Allerdings ist es in Sachsen nicht gut um sie bestellt. Der Anteil der politischen Bildung an der Weiterbildung nimmt ab. In seiner Expertise „Stand und aktuelle Perspektiven der politischen Erwachsenenbildung im Freistaat Sachsen“ stellt der Bildungswissenschaftler Klaus-Peter Hufer einen Rückgang um fast ein Viertel zwischen 2010 und 2015 fest. Politische Bildung habe in Sachsen „eine eher randständige Position“. Der Sächsische Volkshochschulverband beklagt, „dass in den letzten zehn Jahren keine Erhöhung der Mittel für die Allgemeine Erwachsenenbildung erfolgte.“ Dabei müssten die Einrichtungen dringend mehr investieren, vor allem im ländlichen Raum. Gerade dort seien mehr Dialog- und Begegnungsmöglichkeiten, generationsübergreifende, aufsuchende wie mobilitätsunterstützende Angebote ebenso nötig wie eine Stärkung

der Zivilgesellschaft. Sachsens Weiterbildungsgesetz von 1998 ist veraltet und legt keinen Schwerpunkt auf die politische Erwachsenenbildung. Sie muss, anders als etwa in Nordrhein-Westfalen, nicht verpflichtend angeboten werden. So findet sie auch nicht flächendeckend statt.

Wie der jüngst veröffentlichte Sachsen-Monitor zeugt, wächst das Problem mangelhafter politischer Bildung auch in den jüngeren Generationen. Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) macht dafür freilich nicht die Regierung verantwortlich. Vielmehr hätten die älteren Lehrerinnen und Lehrer wegen ihrer DDR-Erfahrungen die Diskussionskultur an den Schulen verkümmern lassen. Sich selbst nimmt Kurth natürlich aus, hat sie doch den Lehrerberuf der Politik wegen aufgegeben. Sie sollte allerdings ein Wort des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann bedenken: „Wer auf andere mit dem ausgestreckten Zeigefinger zeigt, der deutet mit drei Fingern seiner Hand auf sich selbst“.

Die Linksfraktion will die politische Erwachsenenbildung stärken (Drucksache 6/5108). **Marion Junge, Sprecherin der Linksfraktion für Weiterbildung**, formuliert Forderungen: „Die 2014 beschlossene Weiterbildungskonzeption muss mit Leben erfüllt und weiterentwickelt werden. Das Weiterbildungsgesetz muss die geförderten Weiterbildungseinrichtungen verpflichten, politische Bildung anzubieten. Veranstaltungen zur Demokratieförderung und politischen Bildung sollten entgeltfrei sein. Gute Weiterbildung ist freilich nicht zum Nulltarif zu bekommen. Der Freistaat muss deshalb die Erwachsenenbildung endlich besser finanzieren und einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub einführen, wie ihn 14 der 16 Bundesländer gewähren“.

Die Regierung aus CDU und SPD wies das alles von sich. Auch sie weiß offenbar, dass ein Mangel an politischer Bildung am Ende die mündigen Bürgerinnen und Bürger hemmt, die sich einbringen wollen.

Wer hat Angst vorm bösen Wolf?

Weite Teile der Lausitz sind in Aufregung. Der Grund sind polnische Immigranten der Spezies canis lupus: Wölfe behelligen nicht Rotkäppchen im Märchen, sondern – ganz real – die Besitzer von Weidetieren. Meldungen über Wolfsrisse häufen sich, oft sind Schafe die Beute. Landwirte protestieren, was man auch im Landtag hört. Sachsens Regierung hinterfragt kaum verhohlen den Schutzstatus der vom Aussterben bedrohten Wölfe, Rufe nach Abschüssen werden lauter.

LINKEN-Politikerin Kathrin Kagelmann mahnt Sachlichkeit an. Der Wolf erobere seinen natürlichen Lebensraum zurück – selbstverständlich dürfe das nicht die wirtschaftliche Existenz von Weidetierhaltern bedrohen. Beim Umgang mit Isegrim komme es allerdings auch auf „ökologische Systemzusammenhänge“ an. Raubtiere nähmen einen wichtigen Platz im Ökosystem ein; Wölfe ernährten sich nur zu etwa einem Prozent von Nutztieren, den Rest machten wildlebende Huftiere und Kleinsäuger aus. In Russland wisse man: „Wo der Wolf lebt, wächst der Wald“. Das Nahrungsangebot reguliere ihre Population, weshalb eine mit Waffengewalt durchgesetzte Obergrenze, wie sie der AfD auch für Wölfe vorschwebt, Quatsch sei. Nicht alle Wölfe seien das Problem, sondern einzelne. Die dürften bereits vergrämt oder „entnommen“ werden.

Das alles beruhige freilich nicht den Schäfer, der durch die Wölfe Tiere verliert. Ihm müsse geholfen werden. Zwar seien in manchen Fällen – etwa bei Vorfällen in den Kreisen Görlitz und Bautzen – noch nicht alle Herdenschutzvarianten ausgereizt worden, sagt Kagelmann. Die gezahlten Entschädigungen für nachweisbare Wolfsrisse genüßten aber keinesfalls, um den hohen Aufwand für Schutzmaßnahmen, Kontrolle und Schadensbearbeitung auszugleichen. Die Linksfraktion wolle deshalb die Förderinstrumente verbessern, etwa in Form von Flächenprämien. Anstatt dem Reflex „Abschießen!“ zu folgen – es sei keineswegs sicher, dass die Wolfspopulation stabil ist –, solle der Mensch „die Herausforderung des Zusammenlebens annehmen“. Dann klappt's auch mit dem Nachbarn Wolf.





Plenarspiegel

Dezember 2016

Die 45., 46. und 47. Sitzung fanden zwischen dem 13.12.2016 und dem 16.12.2016 statt. Die Linksfraktion war mit diesen parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Behindert ist man nicht – behindert wird man! Abstriche an Menschenrechten im Bundes-teilhabe-gesetz nicht zulassen!“

Anträge

„Voraussetzungen für ein systematisches Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen schaffen – Analyse der Ausgangssituation umfassend betreiben“ (Drs 6/7137)

„Politische Erwachsenenbildung stärken“ (Drs 6/5108)

Große Anfrage

„Rettungsdienst und Notfallmedizin im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/4892) sowie Entschließungsantrag (Drs 6/7668)

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zur Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zum „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 – HG 2017/2018)“ (Drs 6/7657)

Alle Änderungsanträge der Linksfraktion zum beschlossenen Doppelhaushalt finden Sie unter www.edas.landtag.sachsen.de/

Alle Reden zum Haushaltsplan und seinen Einzelplänen, zum Haushaltsbegleitgesetz sowie zum „Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen“ finden Sie auf unserer Internetseite unter Dokumente bzw. Plenum: www.linksfraktion-sachsen.de

Sind die Russland-Sanktionen vernünftig?

Ende November begleitete ich etwa 50 VertreterInnen sächsischer Wirtschaftsunternehmen auf einer vom Ministerpräsidenten geleiteten Delegationsreise nach Tatarstan. Tatarstan liegt westlich des Urals, ist die bevölkerungsreichste der autonomen Republiken Russlands und betreibt eine hochentwickelte eigenständige Wirtschaftspolitik. Das Land verfügt über zahlreiche zum Teil unerschlossene Erdöl- und Erdgasvorkommen. Nicht zuletzt deshalb stand die viertägige Reise unter dem Thema „Innovative Produktionsausrüstungen und -technologien für den Maschinenbau,

guten Geschäftsbeziehungen zwischen sächsischen und tatarischen Unternehmen dieser Branchen zu vertiefen. Besonders in den Bereichen Rohstoffförderung und -verarbeitung sollten Sachsen und Tatarstan ihre Potentiale und ihr Knowhow nutzen, um langfristige Kooperationen aus- und aufzubauen.

An der Energieuniversität Kazan werden mehr als 9.000 Studierende und Doktoranden aus verschiedenen Regionen Russlands, den GUS-Ländern, Asien und Afrika zu Fachkräften für Energiesysteme ausgebildet. Hier

GmbH realisiert wird, ist vor allem die Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung im Bereich Umweltmesstechnik, um eine sichere Öl- und Gasversorgung zu gewährleisten. Außerdem geht es darum, die Energieeffizienz der Industrie- und Rohstoffunternehmen beider Länder zu verbessern.

Im weiteren Verlauf besuchten wir ein Werk der „KAMAZ-Gruppe“ in Nabezhnye Chelny. Das Unternehmen gilt mit 54 % Marktanteil als größter russischer LKW-Hersteller. Der Komplex beinhaltet den gesamten technologischen Produktionszyklus – von der Entwicklung und Produktion über die Montage der Komponenten und Zulieferteile bis zum Absatz der Fahrzeuge inklusive Serviceleistungen. Zukünftig wird auch die Elektromobilität bei KAMAZ Einzug halten. Vorgesehen ist zunächst die Produktion von Bussen für Moskau und St. Petersburg. Auch Smartsysteme für Pilotfreies Fahren werden entwickelt.

Mit Innopolis und Alabuga lernten wir zwei Sonderwirtschaftszonen des Landes kennen. Seit 2006 sind in Russland mehr als 30 solche nicht unumstrittene Industriezentren entstanden. Hauptsächlich ausländische Investoren sollen sich in diesen umfassend erschlossenen Arealen ansiedeln. Man bietet ihnen eine komplette Infrastruktur, Steuer- und Zollerleichterungen sowie andere Sonderregelungen und administrative Vergünstigungen. Außerdem werden durch die Ansiedlung von Unternehmen einer Branche Synergieeffekte angestrebt. Auch deutsche Unternehmen investierten bereits an diesen Standorten.

Angesichts der für beide Seiten zukunftsweisenden Gespräche bezweifle ich weiterhin, dass Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland die richtige Antwort sind, um Probleme infolge des Ukraine-Konfliktes zu lösen. Ich freue mich, dass sächsische Unternehmen weiter an einer Zusammenarbeit mit russischen, speziell tatarischen Firmen, interessiert sind.

Dr. Jana Pinka

Mehr zur Reise: bit.ly/2houfxN



Petrochemie- und Kunststofftechnik, Fahrzeug- und Flugzeugindustrie sowie Landtechnik.“ Vorrangiges Ziel der Gespräche war es, die bereits

wurde ein sächsisches Engineering-Zentrum für Energie-Effizienz gegründet. Ziel des Projektes, das in Kooperation mit der Dresdener SARAD

Mitglieder für die Bundesversammlung am 12. Februar in Berlin gewählt

Am 12. Februar wählt die 16. Bundesversammlung die neue Bundespräsidentin bzw. den neuen Bundespräsidenten. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten gewählt werden. Der Sächsische Landtag bestimmte, dem Wahlvorschlag der Linksfraktion entsprechend, unter anderen die folgenden Mitglieder dieses Gremiums:

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Armutsforscher und Agenda2010-

Kritiker, Kandidat der LINKEN für das höchste Staatsamt)

Luise Neuhaus-Wartenberg, MdL

Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin von Borna

Rico Gebhardt, MdL

Susanne Schaper, MdL

Horst Wehner, MdL

Kerstin Köditz, MdL

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag